



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



GMOA and More: Junge GemeindemandatarInnen erhalten das Rüstzeug für Arbeit in den Gemeinden S. 6

Finanzausgleich: GV-Forderung nach einem Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden bleibt aufrecht Seite 3

GVV fordert Änderungen bei Kanalgesetz: bei Nachverhandlungen wurden erste Erleichterungen durchgesetzt Seite 6

Schwellenwerte verlängert: wichtiger Impuls für die regionale Wirtschaft – GV-Vergabeleitfaden zeigt, wie's geht Seite 8

Vorwort !



Mag. Herbert Marhold

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Die Grundsteuer ist eine der wenigen gemeindeeigenen Einnahmequellen und daher ein unverzichtbarer Teil der Gemeindefinanzierung. Seit Jahren drängt der GVV Burgenland auf allen Ebenen darauf, dass die Grundsteuer, bzw. der dieser zugrundeliegende Einheitswert, angepasst wird, damit wir wieder zu einer fairen und aktuellen Bewertung der Grundstücke und Objekte kommen. Den Gemeinden österreichweit entgehen durch die veralteten Werte Millionen an Einnahmen. Die letzte Hauptfeststellung war ja im Jahre 1973. Wenn man sich nun ansieht, wie beispielsweise Stegersbach heute aussieht und wie 1973, kann man leicht ermessen, was sich in vielen Gemeinden seither getan hat.

Die Grundsteuer ist aber auch immer wieder Teil der Überlegungen zu Steuerreformen. Auch aktuell wird eine Erhöhung der Grundsteuer politisch diskutiert, die daraus entstehenden Mehreinnahmen sollen aber als Gegenfinanzierung für eine Steuersenkung dienen und nicht den Gemeinden direkt zu Gute kommen. Es muss eine Steuersenkung geben und es muss dafür eine vernünftige Gegenfinanzierung geben, beispielsweise mit einer höheren Besteuerung von Vermögen. Aber die Grundsteuer muss eine Gemeindesteuer bleiben und ihr Ertrag muss auch bei den Gemeinden ankommen.

Eine Reform der Grundsteuer ist seit Jahren überfällig, nicht zuletzt, weil sie in der jetzigen Form verfassungswidrig ist. Die Gemeinden verlieren im Prinzip seit 1974 Geld aus dieser Steuer, weil die Berechnungsbasis, also der Einheitswert, inzwischen völlig veraltet ist und nicht mehr dem wahren Verkehrswert entspricht. Derzeit beträgt das Gesamtvolumen der Grundsteuer rund 525 Mio. Euro pro Jahr (ohne Wien), bei Gesamteinnahmen der Gemeinden von rund 17 Milliarden Euro.

Ein Grundproblem bei einer allfälligen Reform ist, dass alle Liegenschaften neu bewertet werden müssen. Derzeit ist es so, dass die Finanzämter für die Bewertungen zuständig sind. Nachdem die Finanzämter aber in die Bundeskompetenz fallen, ist der Ehrgeiz des BMF endend wollend, hier um viel Geld eine Neubewertung durchzuführen, da die Einnahmen aus dieser Steuer derzeit nicht ins Bundesbudget laufen. Auch der Rückstau an offenen Bewertungen ist – auch im Burgenland – noch sehr hoch. Aus meiner Sicht muss es – auch weil es der VfGH will – eine Reform der Grundsteuer geben. Sie muss verfassungskonform sein und die Einnahmen daraus müssen den Gemeinden zu Gute kommen. Gleichzeitig darf sich der Bund aber nicht aus seiner Verantwortung verabschieden, eine neue Hauptfeststellung durchzuführen, damit der Einheitswert auch dem tatsächlichen Verkehrswert entspricht.

Bundesminister Schelling ist nun gefordert, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Jahreshauptversammlung der Amtfrauen und Amtmänner

Mitte September fand im südburgenländischen St. Martin an der Raab die 66. Jahreshauptversammlung und Fachtagung der burgenländischen Amtfrauen und Amtmänner statt. Obmann AL Peter Pohl konnte insgesamt knapp 100 Gemeindegamtsleiter und Gemeindegamtsleiterinnen bei dieser Fachtagung begrüßen.

Inhaltlich wurden, neben den statutarisch vorgesehenen Programmpunkten, auch die neuen Gesetze wie Kanalgesetz, aber auch das Personenstandswesen neu referiert und debattiert. Zu Gast war, neben zahlreichen lokalen Politikern, auch GVV Präsident Erich Trummer, da der GVV Burgenland seit

Jahren sehr aktiv und eng mit dem Fachverband der burgenländischen Amtfrauen und



Bgm. Ing. Reinhard Knaus, Bgm. Franz Josef Kern, AL Peter Pohl, GVV Präsident Erich Trummer, LAbg. Ewald Schneckner bei der Jahreshauptversammlung der Amtfrauen und Amtmänner Foto: GVV Burgenland

Amtmänner zusammenarbeitet – sei es im Rahmen von Gesetzesnovellen, bei Schulungen und letztendlich auch bei der Organisation von Tagungen. Die letzte Sitzung des FLGÖ, der österreichweiten Vereinigung der Amtfrauen und -männer, fand im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages im Juni in Oberwart statt und wurde in Kooperation mit dem GVV und dem Gemeindebund organisiert. Ebenfalls zu Besuch bei der Jahreshauptversammlung waren in Vertretung des Landeshauptmannes LAbg. Ewald Schneckner, GVV-Bezirksvorsitzender Jenersdorf, Bgm. Reinhard Knaus, sowie der Bürgermeister von St. Martin an der Raab, Franz Josef Kern.

Burgenlands Gemeinden im Spitzenfeld Top-Wertung bei Bonitätsvergleich

Die Finanzlage der österreichischen Gemeinden stand kürzlich im Fokus einer von „public – das österreichische Gemeindegemagazin“ in Auftrag gegebenen Prüfung. Das Ergebnis aus burgenländischer Sicht kann sich sehen lassen: Auch heuer sind die burgenländischen Gemeinden im Spitzenfeld wieder dabei. Achtzehn heimische Gemeinden finden sich unter den besten 50, Klingenbach nimmt als Burgenlandbester den beachtlichen sechsten Rang österreichweit ein. Experten des KDZ, dem Zentrum für Verwaltungsforschung, analysieren jedes Jahr die Bonität aller österreichischen Gemeinden.

Neben der Wirtschaftskraft und dem primären Finanzausgleich wurden Faktoren wie die demografische Entwicklung sowie die Transferzahlungen in den einzelnen Ländern miteinbezogen. Ausschlaggebend für den Erfolg im Ranking sind aber auch gutes Gemeindemanagement sowie effizientes Handeln, intelligentes Investieren und persönliches Engagement.

GVV Präsident Trummer: „Ich gratuliere der Gemeinde Klingenbach zum hervorragenden 6. Platz österreichweit. Das zeigt, dass unsere Gemeindeverantwortlichen einen tollen Job machen!“ Die Gesamtschau zeige eindeutig, dass besonders Gemeinden im Burgenland und in Salzburg die besten Bonitätswerte aufweisen. Im Burgenland auch deshalb, weil die Gemeinden sehr geringe laufende Transferzahlungen – Beiträge für z. B. Sozial- und Gesundheitsausgaben, usw... – an das Land leisten müssten und niedrige Personal- und Sachausgaben hätten, so Trummer. „Für Klingenbach ist diese Top-Platzierung eine tolle Auszeichnung. Wir haben in den letzten Jahren mit Augenmaß in-

vestiert, die dörfliche Infrastruktur laufend verbessert, jedoch keine Großprojekte, die wir uns nicht leisten können, umgesetzt und stehen heute auf wirtschaftlich gesunden Beinen. Das macht sich jetzt bezahlt, und die Bevölkerung profitiert von einer hohen Lebensqualität. Ich bin stolz auf meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, es ist ein Verdienst aller“, freut sich Bürgermeister Johann Frank.

18 heimische Gemeinden unter den Top 100 Österreichs

Den ersten Rang im Bonitäts-Ranking nimmt Reith bei Kitzbühel in Tirol ein. Die weiteren Top-100-Platzierungen burgenländischer Gemeinden: Badersdorf (Rang 11), Rohr im Burgenland (15), Rechnitz (22), Jabing (23), Neudorf (30), Weiden am See (33), Heugraben (36), Weingraben (40), Großwarasdorf (49), Schattendorf (53), Bildein (67), Loipersdorf-Kitzladen (71), Potzneusiedl (72), Edelstal (82), Burgauberg-Neudauberg (93), Grafenschachen (97), Moschendorf (100). Gegenüber 2013 konnte Klingenbach übrigens sechs Plätze gutmachen.

Gut lachen hat Klingenbachs Bürgermeister Johann Frank: Seine Gemeinde steht auf gesunden wirtschaftlichen Beinen.

Foto: Landesmedienservice



Strukturschwache Gemeinden unterstützen
Foto: pixelio.de / Andreas Hermsdorf

GVV-Forderung nach Strukturfonds aufrecht

Der GVV Burgenland will eine spürbare Steuerreform am besten Anfang 2015 und gleichzeitig einen Ausgleichsfonds im Rahmen des bestehenden FAG für strukturschwache Gemeinden! Der Bund hat bereits im Regierungsprogramm die Verlängerung des aktuellen Finanzausgleichs bis 2016 verankert und auch in Bad Tatzmannsdorf 2014 wurde von Länderseite zugestimmt. Der Finanzminister möchte die Verlängerung ohne große inhaltliche Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes 2008 im Herbst 2014 zum Abschluss bringen und allenfalls die relevanten 15a-Vereinbarungen verlängern. Der GVV Burgenland fordert – auch im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Österreichischen Gemeindebund – die Schaffung eines Strukturfonds für finanzschwache und Gemeinden mit Abwanderung und spricht sich gleichzeitig dafür aus, die von der SPÖ vehement geforderte Steuerreform zum ehest möglichen Zeitpunkt, am besten Anfang 2015, umzusetzen, weil dieses Geld letztendlich mehr Wachstum bewirkt, das auch den Gemeindekassen zu Gute kommt. Gleichzeitig muss mit diesem Fonds auch eine Aufgabenreform sowie eine Modernisierung der Einheitsbewertung und eine Reform der Grundsteuer umgesetzt werden. Dies führt zu Mehreinnahmen für die Gemeinden und damit wieder zu den dringend benötigten Investitionen seitens der öffentlichen Hand und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Finanzminister Schelling muss hier handeln und rasch eine Reform der Grundsteuer durchführen, da aufgrund der enorm veralteten Einheitswertberechnung aus den 1970er Jahren auch für die burgenländischen Gemeinden viel Geld verloren geht. Es muss ein einfaches und modernes System der Einheitsbewertung kommen. Der GVV hat auch an alle Gemeinden Resolutionen versendet, um diesen kommunalen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen!

Rang	Gemeinde, Bundesland	Einwohnergrößenklasse	Bonitätswert*	Tendenz			Vorjahresvergl.	
				2010	2011	2012	Rang 2013	+/-
1	Reith bei Kitzbühel, T	1.001 - 2.500	1,11	1,15	1,07	1,1	35	+34
1	Sankt Johann im Pongau, Sbg.	10.001 - 20.000	1,11	1,15	1,07	1,1	3	+2
3	Judendorf-Sträßengel, Stmk.	5.001 - 10.000	1,13	1,29	1,05	1,05	20	+17
4	Matzendorf-Hölles, NO	1.001 - 2.500	1,14	1,22	1,15	1,05	7	+3
5	Gallmannsegg, Stmk.	bis 500	1,16	1,12	1,15	1,22	6	+1
6	Klingenbach, Bgld.	1.001 - 2.500	1,17	1,11	1,05	1,05	11	+6
7	Bischofsbolen, Sbg.	10.001 - 20.000	1,18	1,27	1,12	1,15	25	+18

Die Experten des Zentrums für Verwaltungsforschung bescheinigen Klingenbach die Top-Position im Bonitätsranking

Quelle: KDZ

Klartext !

GVV-Präsident
LAbg. Bgm. Erich Trummer

Auf Spekulationen offen geantwortet !**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!**

Aufgrund von verschiedenen Gerüchten sehe ich es als meine Verpflichtung an, Ihnen an dieser Stelle „ausnahmsweise“ eine Klarstellung in eigener Sache mitzuteilen.

Vor etwas mehr als eineinhalb Jahren bin ich zur großen Verantwortung als Präsident unseres Gemeindevertreterverbandes gewählt worden. Diesen zusätzlichen Auftrag versuche ich auch mit viel Einsatz und Freude möglichst gut zu erfüllen. Mir ist und war immer wichtig, dass die Menschen, die ihr Vertrauen in meine Arbeit gesteckt haben und stecken, auch gute Ergebnisse von mir erwarten können. Politik heißt für mich „Gestalten mit den Menschen und für die Menschen“, und dazu braucht man auch viel Zeit zum Zuhören, zum Zuwenden, zum Zusammenarbeiten und für vieles anderes mehr. Politische Arbeit kann sich nie nur auf sich selbst beziehen, benötigt immer Dialog, Diskurs, Kontroverse.

Kraft für die Gemeinden

Nachdem ich spüre, dass das weniger wird, habe ich mich im Zuge der Vorbereitungen für die kommenden Landtagswahlen entschieden, künftig meine Zeit und Kraft auf die Gemeinden zu konzentrieren und im nächsten Jahr, nach 10 Jahren im Landtag, nicht mehr zu kandidieren. Wer mich kennt weiß, dass ich konsequent und gerade bin, und deshalb habe ich ganz offen und ehrlich gesagt: der Spagat zwischen meinen Mehrfachfunktionen lässt sich für eine weitere Landtagsperiode von 5 Jahren nicht ordentlich machen.

Dazu kommt noch: wenn für die Familie praktisch fast gar keine Zeit mehr bleibt, muss man spätestens dann anfangen nachzudenken. Denn ich glaube fest, wenn der Mensch diese Rückzugsorte verliert, dann gehen mit der Zeit auch das notwendige Gespür und eine gewisse Menschlichkeit in der Politik verloren. Ich halte übrigens auch „Vertrauen in den anderen“ für einen der Rohstoffe der Politik, den ich mir nicht grundsätzlich nehmen lassen möchte. Diese persönlichen Gründe waren für mich natürlich ausschlaggebend, dass ich wahrscheinlich wieder in meinen Zivilberuf zurückkehren werde.

Wer mich kennt weiß auch, dass mir die Zukunft unserer sozialdemokratischen Familie sehr wichtig ist, die für mich vor allem auch im Fundament bei den Gemeinden beheimatet ist. Deshalb sehe ich jetzt meine politische Kraft am besten im GVV eingesetzt. Das gilt insbesondere auch für die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den nächsten Landtagswahlen und darüber hinaus gibt es von mir sicher keine anderen politischen Überlegungen.

Gemeinsam unsere Bewegung tragen

Klar ist: wir haben trotz schwieriger Zeiten gute Zukunftsaussichten für das Land wie für unsere Gemeinden. Mit unserem Landeshauptmann Hans Niessl haben wir einen erfahrenen Kapitän mit klaren Zielen und wir haben ein starkes Regierungsteam mit viel Kompetenz, vor allem aber auch enorm viele Mitstreiter, die für unsere gemeinsame Idee unermüdlich laufen und unsere Bewegung tragen. Damit wir gemeinsam diesen erfolgreichen Weg weitergehen können ist es wichtig, dass die bisherige gute Zusammenarbeit von uns Gemeindevertretern mit Landeshauptmann Hans Niessl und unseren Regierungsmitgliedern fortgesetzt wird.

Damit wir dieses gemeinsame Ziel erreichen, bitte ich Sie, bei unserem „Zukunftsplan Burgenland 2020“ und in unserem Team auch zur Landtagswahl wieder kräftig mitanzupacken. Ich bedanke mich jedenfalls persönlich bei allen für das Miteinander und die gute Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass auch künftig die ehrliche Arbeit zählt. Dann werden wir gemeinsam weiter vorwärtskommen.

Mit besten Grüßen
LAbg. Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



Das Burgenland hat seinen Gästen viel zu bieten

Foto: Bgld.Tourismus / Peter Burgsteller

Tourismusgesetz neu – alle Gemeinden können partizipieren!

Das neue Tourismusgesetz ist auf Schiene. Noch im Herbst sollen die neuen Regelungen vom Landtag beschlossen werden und mit 1.1.2015 in Kraft treten.

Der große Fortschritt des Burgenlandes im Tourismus sowie die veränderte Wettbewerbssituation machten es notwendig, das Tourismusgesetz den zeitgemäßen Bedürfnissen anzupassen. Eine wesentliche Komponente sind klare und schlanke Strukturen, die einen effizienten Mitteleinsatz ermöglichen, um die Potentiale noch besser nutzen zu können und das große Ziel, die Internationalisierung, zu erreichen und damit mehr internationale Gäste im Burgenland begrüßen zu können. Das wird, so LH Niessl, nur gelingen, wenn mehr Geld ins Marketing, anstatt in die Verwaltungsstrukturen fließt. Im Bundesländervergleich hat nämlich derzeit das Burgenland pro Nächtigungsgast die höchsten Verwaltungskosten.

Die wichtigsten Vorteile des neuen Tourismusgesetzes, das im Herbst beschlossen werden soll, betreffen die Aktivierung der touristischen Basis, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft und den Abbau der Administration sowie klare Organisationsstrukturen und Kompetenzaufteilungen.

Wichtig dabei ist vor allem, nicht die Tourismusverwaltung zu finanzieren, sondern das Marketing unter einer Dachmarke zu forcieren, um den burgenländischen Tourismus weiter zu stärken.

Bisher floss pro Nächtigungsgast das meiste Geld in die Verwaltung. Je schlanker die Verwaltungsstrukturen, desto mehr Geld bleibt

für Marketingmaßnahmen und damit für die Stärkung des Tourismus. Dafür wird mit dem neuen Gesetz die Grundlage geschaffen, wobei diese Veränderungen vom GVV maßgeblich mitgetragen wurden. Das wesentlichste Ziel der neuen Tourismusstrategie ist die weitere Internationalisierung, das heißt, mehr Gäste aus dem Ausland ins Burgenland zu bringen. Für diese Internationalisierung sind entsprechende finanzielle Mittel notwendig und diese Mittel sollen durch eine Strukturreform aufgebracht werden. Wichtige aus Sicht des GVV ist, dass künftig alle Regionen unter der Dachmarke Burgenland vertreten sind, denn das stärkt das Marketing nach außen und steigert die Nächtigungszahlen. Die Verschlinkung der Verbands- und Verwaltungsstrukturen von 3 auf 2 Ebenen setzt weitere Mittel frei, die für den örtlichen Tourismus eingesetzt werden können. Außerdem können sich mehrere Gemeinden zusammenschließen und einen Tourismusverband gründen und jede Gemeinde hat „ein Recht“, von einem Verband aufgenommen zu werden. Gemeinden, die sich keinem Tourismusverband anschließen, werden über Burgenland Tourismus mitvermarktet. Auch Gemeinden ohne Nächtigungsabgabe sollen Unterstützung für Infrastruktur und tourismuswirksame Aktivitäten durch den Tourismusverband bekommen und es wird der Tagestourismus, ein immer wichtigerer Faktor, weiter gestärkt. Dem GVV war es ein Anliegen, dass touristische Aufgaben vom Tourismusverband übernommen werden und es dadurch zu einer Entlastung der Gemeinden von Marketingaufgaben kommt. Kleine Gemeinden haben durch die neue Struktur besseren Zugang zu professioneller Marketing- und Technologieinfrastruktur.

Der schnelle Klick zum Urlaub im Burgenland

Burgenland Tourismus startet einen neuen Web-Auftritt von www.burgenland.info. Ein frisches, modernes Design, eine responsive Anpassung an jedes Format von Smartphone bis Desktop-Monitor, ein persönlicher Reiseplaner und viele neue Services – das alles bietet das neue interaktive Online-Portal. Die Bedeutung der sozialen Netzwerke hat die Kommunikation im Web nachhaltig verändert.

Reisen mit Social Media

Der Gast sucht gerade im Hinblick auf Urlaubserlebnisse immer mehr nach persönlichen Empfehlungen und Eindrücken. Dementsprechend wird Facebook, Google+, twitter und youtube im neuen Internet-Auftritt breiter Raum gegeben und so der direkte Kontakt zu (potentiellen) Kunden hergestellt.

Die neue Website ist im „Responsive Design“ gehalten. Egal ob man über einen Desktop-Computer, ein Tablet oder mit dem Smartphone auf die Seite zugreift, Darstellung und Funktionen der Webseite werden dabei automatisch der Größe des jeweiligen Ausgabegerätes angepasst. Außerdem lässt sich mit einer „Metasuchmaschine“ bequem ein Überblick über alle online buchbaren Häuser in den burgenländischen Gemeinden finden, und das unabhängig von Vertriebspartner und der Buchungsplattform.



Stellten die neue Web-Seite des Burgenland Tourismus vor: Der geschäftsführende Präsident des Burgenland Tourismus, Landeshauptmann Hans Niessl, Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier und Dipl. Ing. Hannes Schmid, Geschäftsführer gitgo GmbH
Foto: LSM



GMOA and More: Akademie für junge GemeinderätInnen erfolgreich gestartet: Das völlig neue Bildungsangebot des GVV Burgenland, des Renner Instituts Burgenland und der SJ Burgenland für die gemeinsam Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland stößt auf großes Interesse. In sechs ganztägigen Modulen werden die TeilnehmerInnen ihr politisches Wissen erweitern und erlernen die nötigen Softskills für ihre Arbeit in den Gemeinden. Startschuss war am 5. September, den Abschluss stellt eine Zertifikatsübergabe am 13. Dezember in Eisenstadt dar. „Mit GMOA and More ist es uns nun gelungen, gemeinsam mit dem GVV und der SJ als Partnern, ein völlig neuartiges Schulungsprojekt auf die Beine zu stellen“, so RI-Landesgeschäftsführerin Claudia Schlag.

Foto: RI Burgenland

Kanalgesetz neu: Service-Offensive, Änderungen gefordert

Erste Schulungen des GVV stoßen auf großes Interesse

Der GVV Burgenland hat in Kooperation mit dem Renner Institut Burgenland in einem ersten Schritt Anfang September zwei Schulungen zu den neuen burgenländischen Kanalgesetzen angeboten. Eine wichtige Maßnahme, wie die großen Teilnehmerzahlen zeigen.

Der Verfasser des GVV Leitfadens zu den neuen Kanalgesetzen, BH a.D. Dr. Julius Schustzer, konnte als Vortragender gewonnen werden. Gemeinsam mit den Praktikern Karl Aufner, Amtmann der Gemeinde Mattersburg, und seinem Pendant aus Markt St. Martin, Gerhard Horwath, wurden in Eisenstadt und in Oberwart Schulung durchgeführt.

Bereits beim ersten Termin konnten der GVV und das RI in Eisenstadt über 40 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Amtfrauen und Amtmänner begrüßen. In Oberwart war das Interesse ähnlich groß.

GVV Präsident Erich Trummer, der die Begrüßung vornahm, zeigte sich auch erfreut über die hohe Teilnehmeranzahl und betonte in seinen einleitenden Worten die Wichtigkeit dieses Themas auf kommunaler Ebene.

Schulungen & Leitfaden - umfassendes Service des GVV Bgld.

Die neuen Kanalgesetze im Burgenland traten mit 2. 1. dieses Jahres in Kraft und sind die modernsten Gesetze in diesem Be-

reich österreichweit. Der GVV Burgenland hat bereits im Frühjahr dazu einen Leitfaden (Kanalfibel) verfasst, der bereits mehr als 100 Mal verkauft wurde und führt dazu, in einem nächsten Schritt, nun landesweite Schulungen durch. Diese Schulungen sind ein Service des GVV und des RI für alle Mitgliedsgemeinden und SPÖ-MandatarInnen und für diese gratis.

GVV Burgenland und SPÖ setzen Änderungen beim Kanalgesetz durch

Auf Betreiben des GVV Burgenland und des SPÖ Klubs wurde zum bestehenden Kanalgesetz nachverhandelt. Als wichtigstes Ergebnis der bisherigen Verhandlungen wurde erreicht, dass es nicht erforderlich ist eine Verordnung für die Neufestsetzung von Kanalanschlussbeiträgen bis 30. 9. 2014 zu beschließen. Jenen Gemeinden, die bereits Verordnungen erlassen haben, wird empfohlen, mit der bescheidmäßigen Vorschreibung der Kanalabgaben noch zuzuwarten.

Weiters wird derzeit daran gearbeitet, die neuen Regelungen zur Erfassung von Swimmingpools nach dem vom GVV bereits ursprünglich eingebrachten „Verursacherprinzip“ klarzustellen bzw. gegebenenfalls abzuändern. Klar ist, dass mobile Pools – so wie auch vom Gesetzgeber beabsichtigt – keiner Anschlussverpflichtung unterliegen! Für dafür bereits erstellte Gebührenvorschreibungen besteht eine gesetzliche Aufhebungsmöglichkeit dieser Bescheide. Bei Pools, die fest mit dem Erdreich verbunden

sind – also gemauert beispielsweise – und als fixe Bauwerk gelten, sollen jene Poolbesitzer aus der Abgabepflicht im Kanalanschlussgesetz ausgenommen werden, die das Abwasser nachweislich nicht in den Kanal einleiten. Entsprechende Parteiverhandlungen für die erforderliche rasche Gesetzesnovelle laufen. Die Änderungen sollen noch im Herbst im Landtag beschlossen werden.



Der Informationsbedarf zu den neuen Kanalgesetzen in Oberwart war groß

Fotos: RI Burgenland



Auch zur Schulung nach Eisenstadt kamen zahlreiche Ortschefs, Vizebürgermeister sowie Amtfrauen und Amtmänner um sich über die neue Gesetzeslage schlau zu machen.



energie
BURGENLAND

Ich bin Energie-Gewinnerin.

Weil mein Strom
zu 100% ÖKO ist –
wie meine Karotten.

Franziska F.
Energie-Gewinnerin.

100%
Ökostrom aus
Österreich

Erneuerbare Energie aus Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse – wenn nicht nur unser Essen, sondern auch unser Strom zu 100% ÖKO ist, gewinnen alle: Wir Burgenländerinnen und Burgenländer, unser Natur- und Lebensraum und natürlich alle zukünftigen Generationen. www.energieburgenland.at



BR Bgm. Michael Lampel, BR Bgm. Inge Posch-Gruska Foto: SPÖ Burgenland

Posch-Gruska und Lampel ziehen Bilanz

Bundesrätin Bgm. Inge Posch-Gruska und Bundesrat Bgm. Michael Lampel, er war im ersten Halbjahr Präsident des Bundesrates, zogen Bilanz über das vergangene Halbjahr und gaben einen Ausblick auf ihre kommende Arbeit. Schwerpunkte in Lampels Arbeit waren die Themen Erneuerbare Energie und die Bundesratsreform. So konnte er nach intensiven Verhandlungen die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Stärkung des Bundesrates initiieren. Die neugewählte Vizepräsidentin des Bundesrates, GVV-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska, will vor allem den Wert des Friedens und der Europäischen Union als Friedensprojekt sichtbar machen und weiter für Chancengleichheit in Politik und Gesellschaft und natürlich zwischen Männern und Frauen kämpfen. Geplant ist dazu eine Enquete zur dualen Ausbildung, die vielen jungen Menschen bessere Chancen in der Arbeitswelt ermöglichen soll.

Schwellenwerte werden verlängert Gemeinden als Investitionsmotoren stärken

Der GVV Burgenland hat seine Forderung, die geltende Schwellenwertverordnung, die die regionale Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand erleichtert, um zwei Jahre zu verlängern, durchgesetzt.

Die Verlängerung stellt sicher, dass Länder, Gemeinden und Städte Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge weiterhin bis zu 100.000 statt 50.000 Euro direkt vergeben können. Bei Aufträgen bis zu einem Gesamtvolumen von 1 Million Euro ist eine regionale Vergabe – im Rahmen des sogenannten nicht-offenen Verfahrens ohne Bekanntmachung – möglich. Durch die erleichterte regionale Vergabe von Aufträgen profitieren vor allem Klein- und Mittelbetriebe – außerdem sinken die Dauer und die Kosten von Vergabeverfahren. Das bringt wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Daher wird dieses Vorhaben von Bundeskanzler Werner Faymann auch vom GVV Burgenland unterstützt, da der GVV bereits seit Jahren für die unbefristete Verlängerung der Schwellenwerte-VO eintritt, um die regionale und lokale Vergabe von Aufträgen im Dienstleistungs- und Baugewerbe zu erleichtern. Ziel ist dabei, die Gemeinden und Städte in ihrer Rolle als „Investitionsmotoren“ zu stärken. Der GVV Burgenland hat 2013 bereits dazu einen Vergabeleitfaden erstellt und auch Mustergemeinderats-

beschlüsse allen Gemeinden zur Verfügung gestellt. GVV-Präsident Trummer: „Wir wollen Fairness in diesem Bereich, wir wollen unseren Bau- und Dienstleistungssektor in den Gemeinden stärken und gleichzeitig Lohn- und Sozialdumping bekämpfen!“

Bisher wurden vom Vergabeleitfaden des GVV Burgenland mehr als 120 Stück verkauft. Er ist im GVV Burgenland um 25 Euro für GVV Mitgliedsgemeinden und SPÖ-Mitglieder und um 50 Euro für alle anderen Bezieher erhältlich. Bestellt werden kann bequem via Homepage des GVV unter www.gvvgld.at.



REGIONALVERGABE IM BAUKASTENSYSTEM

Vergabeleitfaden: Regionalvergabe im Baukastensystem Foto: GVV Burgenland

GVV Burgenland und burgenländische Firmen bei Kommunalmesse des GVV Niederösterreich.

Vor kurzem fand die Kommunalmesse des sozialdemokratischen GVV Niederösterreich statt. Neben zahlreichen anderen Ausstellern waren auch burgenländische Firmen vertreten. Die Firma DIONS von Klaus Schanta aus Eisenstadt, die im Bereich der kommunalen Beleuchtung tätig ist, zählte, wie auch schon am Gemeindetag 2014 in Oberwart, zu den knapp 30 Ausstellern der Fachmesse in Ober-Grafendorf nahe St. Pölten. GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold besuchte die Kollegen aus Niederösterreich und die burgenländischen Aussteller vor Ort und machte sich selbst ein Bild von der äußerst gut besuchten Messe.

Im Bild: Arnulf Pöcher, Ing. Klaus Schanta, GVV Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold

Foto: Beatrice Schlögl Photography





Die für Dorferneuerung zuständige Landesrätin Verena Dunst gratulierte der Vorzeigegemeinde Schattendorf zur europäischen Auszeichnung Foto: Büro LRin Dunst

Europäischer Dorferneuerungspreis: Schattendorf im Reigen der Geehrten

Über eine große Auszeichnung kann sich die Marktgemeinde Schattendorf mit Bürgermeister Johann Lotter an der Spitze freuen. Sie wurde im Rahmen des Europäischen Dorferneuerungspreises mit dem Ehrenpreis für besondere Leistungen in der Dorfentwicklung ausgezeichnet.

Das Motto des 13. Europäischen Dorferneuerungspreises lautete „besser.leben“ und war ein Signal dafür, dass „schneller, höher, weiter“ nur selten ein Erfolgsrezept für ländliche Räume ist und dass daher weniger quantitative als vielmehr qualitative Verbesserungen des Lebensalltages im Vordergrund stehen sollten. Die Konsequenz: Zur Erhöhung der Lebensqualität braucht es nicht ein Mehr an Konsum,

sondern einer Gewährleistung der tatsächlichen Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Sicherheit, Respekt, gesellschaftliches Miteinander und intakte Umwelt.

Der Wettbewerb um den Europäischen Dorferneuerungspreis wurde 1990 von der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung mit dem Ziel, den Erfahrungsaustausch zu fördern, Europas Zusammenwachsen zu begünstigen und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der ländlichen Regionen der europäischen Öffentlichkeit bewusst zu machen, ins Leben gerufen. Der diesjährige Preis ging an die ungarische Plattensee-Gemeinde Tihany. 29 Gemeinden aus zwölf Staaten nahmen am Wettbewerb teil.

Die medizinisch-soziale Versorgung des Seewinkels wird weiter ausgebaut. Vor kurzem wurde das Orthopädische Gesundheitszentrum in Frauenkirchen eröffnet. Im Bild: : LH Hans Niessl, Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar und Bürgermeister Josef Ziniel mit Dr. Ramin Illbeygui, Ärztlicher Leiter OGZ

Foto: LMS



KPZ Klausur im Zeichen der Neustrukturierung

Beim Treffen der SPÖ Kommunalpolitiker im Rahmen des KPZ (Kommunalpolitisches Zentrum der SPÖ) in Bad Aussee Ende Juli ging es um wichtige Themen der Neustrukturierung und um den Finanzausgleich. Das KPZ soll insgesamt noch moderner und schlagkräftiger aufgestellt werden und innerhalb der SPÖ Bundesorganisation einen höheren Stellwert bekommen. Gleichzeitig wurden auch die Themen Steuergerechtigkeit und Finanzausgleich intensiv besprochen. Der GVV Burgenland hat auch in diesem Gremium die Idee eines Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden eingebracht und ist auf große Zustimmung gestoßen. Im Herbst soll die intensive Arbeit fortgesetzt werden und auch am SPÖ-Bundesparteitag will man als KPZ deutlich und verstärkt in Erscheinung treten.



KPZ-Mitglieder gingen in Klausur Foto: KPZ

Rauter tritt zurück

Großhöfleins Bürgermeister Dr. Wolfgang Rauter von der LBL hat seinen Rücktritt als Bürgermeister mit 18. September eingereicht. Bis zur Bürgermeister-Neuwahl, diese wird voraussichtlich am 11. 1. 2015 stattfinden, führt Vize-Bürgermeister Heinz Heidenreich von der SPÖ interimistisch die Amtsgeschäfte und kündigt einen „neuen Stil“ für Großhöflein an: „Ich reiche allen Parteien die Hand zur Zusammenarbeit für Großhöflein!“ Bei Rauter bedankte er sich für dessen zweijähriges Engagement als Bürgermeister sehr herzlich – trotz aller Unterschiede in der Sachpolitik.

Bis zur Neuwahl des Bürgermeisters führt Vize-Ortschef Heinz Heidenreich die Amtsgeschäfte in Großhöflein.

Foto: SPÖ



Preiner will Masterplan für den ländlichen Raum

In seiner Halbjahresbilanz als SPÖ-Kommunalsprecher im Nationalrat forderte GVV-Vorstandsmitglied Erwin Preiner aus Winden unter anderem einen Masterplan für den ländlichen Raum, der ganzheitliche Lösungen für die ländlichen Regionen Österreichs beinhalten soll. Eine Forderung, die vom GVV Burgenland schon seit Jahren in allen Gremien gefordert und unterstützt wird, soll damit endlich in Angriff genommen werden.

Weiters begrüßte Preiner die Einigung beim Breitbandausbau im ländlichen Raum und die Einigung darüber, dass der ELER (Fonds für ländliche Entwicklung) erstmals auch soziale Dienstleistungen fördert. Drei Prozent dieser Mittel werden hinkünftig für soziale Dienstleistungen und Gesundheit zur Verfügung gestellt. Im ELER stehen für die nächsten sieben Jahre 240 Millionen Euro zur Verfügung.

Abschließend forderte Preiner noch mehr Mittel für die Dorferneuerung und sprach sich einmal mehr für eine rasche Steuerreform 2015 aus, weil diese letztendlich, über die Umwegrentabilität auch dem ländlichen Raum und den Kommunen nutzt.



Als SPÖ-Kommunalsprecher im Nationalrat setzt sich GVV-Vorstandsmitglied Erwin Preiner für den ländlichen Raum ein
Foto: GVV Burgenland



„ÖKOLOG-Schule“ NMS Mattersburg ist Vorreiterin im Bereich der Nachhaltigkeit.
Die NMS Mattersburg zählt zu einer von 440 „ÖKOLOG-Schulen“ in ganz Österreich und ist Vorreiterin im Bereich der Nachhaltigkeit. Davon konnte sich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei ihrem Besuch in der NMS Mattersburg gemeinsam mit Landesrätin Verena Dunst, Bürgermeisterin Ingrid Salamon und dem damaligen Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates, Mag. Dr. Gerhard Resch, überzeugen. Resch ist seit 1. Oktober im Ruhestand.
Foto: Gemeinde Mattersburg

Trummer zur Causa Ritzing: „Oberbehörde-Entscheidung akzeptieren“

Nach der Suspendierung von Ritzings Amtsleiter und SPÖ-Vizebürgermeister Johann Reißner und deren Aufhebung durch die Disziplinarkommission des Landes gehen die Wogen weiter hoch. ÖVP-Bürgermeister Walter Roisz will die Entscheidung nicht akzeptieren und weiter gegen Reißner vorgehen. Für GVV Präsident Erich Trummer einmal mehr ein Akt der politischen Willkür zum Schaden der Gemeinde Ritzing.

„Ich fordere Bürgermeister Roisz auf, Entscheidungen der Oberbehörde zu akzeptieren! Mit seinen verbalen Rundumschlägen schadet er nur dem Image der Gemeinde Ritzing!“, mahnt GVV Präsident Erich Trummer zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Hintergrund: Johann Reißner ist seit 30 Jahren im Gemeindeamt in Ritzing beschäftigt und hat unter fünf verschiedenen Bürgermeistern gearbeitet. Fachlich gab es in der ersten Amtsperiode seitens des ÖVP-Bürgermeisters Roisz am Amtmann nichts zu bemängeln und die Zusammenarbeit hat gut funktioniert. Erst als Reißner dem ÖVP-Bürgermeister sein Antreten für die SPÖ bei den Gemeinderatswahlen 2012 mitteilte, begannen die Schwierigkeiten für den Amtmann und SPÖ-Politiker. Die Zusammenarbeit wurde unmöglich.



GVV Präsident Erich Trummer befürchtet einen Imageschaden für die Gemeinde Ritzing
Foto: GVV Burgenland

Der Konflikt erreichte schließlich mit der Suspendierung des Amtsleiters am 18. Juni seinen Höhepunkt. Diese Suspendierung wurde seitens der Disziplinarkommission des Landes aufgehoben.

„Dieses unwürdige politische Schauspiel muss rasch beendet werden“, so Trummer. „Wenn Roisz jetzt blind vor Rache alle weiteren Rechtsmittel ausschöpfen will, dann wird das nur der Gemeinde Ritzing schaden und die Atmosphäre weiter vergiften.“ Der Gemeindechef müsse bereit sein, sich mit allen Beteiligten an einen Tisch zu setzen, solange, bis es eine Lösung im Sinne aller gibt und man wieder mit ganzer Kraft für Ritzing arbeiten kann, betont Trummer.

➤ **SONDER-WEIHNACHTS-ANGEBOT** **ADVENT IN BUDAPEST: 13. – 14.12.2014 (Sa.-So.)**

Gültig nur für GdG-KMSfB Mitglieder inkl. Begleitperson !

<i>UNTERKUNFT</i>	<i>GdG-PREIS</i>	<i>EZZ</i>
Best Western Hotel Hungaria 3***+	€ 59.-	€ 18.-
Hotel Marriott City Center 4****+	€ 79.-	€ 28.-

Leistungen:

- Busfahrt mit modernstem Reisebus
- 1 x NF (Buffet) im gewählten Hotel
- Reisebegleitung ab/bis Wien



➤ **SONDERPREIS – Geführte GdG-KMSfB Reise** **SILVESTER IN ABBAZIA: 29.12.2014 – 2.1.2015 (Mo.-Fr.)**

Ein Hotel der Spitzenklasse direkt im Zentrum: www.milenijhoteli.hr

<i>UNTERKUNFT</i>	<i>GdG-PREIS</i>	<i>EZZ</i>
Grand Hotel Milenij 4****	€ 499.- (Normalpreis 649.-)	€ 66.-

Leistungen:

- Busfahrt mit modernstem Reisebus
- 4 x Nächtigung/Frühstück (Buffet)
- 3 x Abendessen (großzügige Buffets)
- Silvestergala mit Programm
- Ausflug in die Kvarner Bucht mit Rijeka
- Ausflug: Istrienreise



➤ **GdG-KMSfB – SONDERKONDITIONEN**

- *GdG-KMSfB - Sonderpreise !*
- *Keine Anzahlung !*
- *Tiefstpreisgarantie !*
- *Keine Buchungsgebühren !*
- *Bezahlung nach Erhalt der Reiseunterlagen !*
- *Gratis Wochenende für 2 Personen im 4*- Hotel in der Thermenregion nach der 4. Buchung !*

>>> **Bei uns ist es am günstigsten! Ein Vergleich lohnt sich!**

ANMELDUNGEN, BUCHUNGEN, ANFRAGEN & INFOS UNTER:

www.grandtours.at | office@grandtours.at | Tel.: +43 (0) 3358 2033





Die Entlastungsstraße für die Menschen in der Region wird nun gebaut: GVV Burgenland Präsident Bürgermeister Erich Trummer, LAbg. Bürgermeisterin Klaudia Friedl, Infrastrukturminister Alois Stöger, Landeshauptmann Hans Niessl, Straßenbaulandesrat Helmut Bieler und Landesrat Dr. Peter Rezar

Startschuss für den Bau der Verlängerung der S31

Anrainer werden entlastet, der Wirtschaftsstandort gestärkt

Niessl: „Der Bau der B61a bringt die gewünschte Entlastung für die Bevölkerung, mehr Sicherheit und eine Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Mittelburgenland.“

Mit dem Spatenstich zum Bau der B61a als Verlängerung der Schnellstraße S31, vom Kreisverkehr S31/ B50 bis zur B61 Rattersdorf, fiel Mitte September der Startschuss für eines „der aktuell wichtigsten Infrastrukturprojekte für das Mittelburgendland und den Wirtschaftsstandort Mittelburgenland“, betont Landeshauptmann Hans Niessl. „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Wir wissen, dass sich Firmen dort ansiedeln, wo die Verkehrsinfrastruktur passt.“ Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Landesregierung, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Das gut 10 Kilometer lange Straßenstück bewirke durch

die Verkehrsentlastung mehr Lebensqualität für über 8.000 Einwohner der Gemeinden Oberpullendorf, Frankenu - Unterpullendorf, Steinberg - Dörfel, Mannersdorf und Oberloisdorf, sagt Straßenbaulandesrat Helmut Bieler, denn: „Mehr als zwei Drittel des Verkehrs werden sich laut Prognosen aus den Ortschaften auf die B61a verlagern. Das wird auch zu einer erhöhten Verkehrssicherheit beitragen. Das ist ein wichtiges Projekt für die Region! Die Entlastungsstraße wird als zweispurige Landesstraße gebaut, der Bund stellt für die Finanzierung 37 Millionen Euro zur Verfügung.“ Die Verkehrsfreigabe erfolgt 2017. Eigens angereist zum Spatenstich des wichtigen Straßenprojektes sind Infrastrukturminister Alois Stöger und Asfinag-Vorstand DI Alois Schedl.

Die B61a sei ein Vorzeigeprojekt, die gute Zusammenarbeit im Rahmen des offenen

Planungsprozesses beispielhaft, freut sich Bieler. „Ich habe noch nie erlebt, dass die Bevölkerung so geschlossen hinter einem Projekt steht. Wir haben den Verlauf der Entlastungsstraße mit der Bevölkerung abgeprochen und nach deren Vorstellungen gebaut.“

Niessl spricht sich klar für den weiteren Ausbau und zur weiteren Attraktivierung der Verkehrsinfrastruktur im Burgenland aus. Dazu wurde vor kurzem die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland vorgestellt. Auch habe man darauf geachtet, dass beim Bau der B61a burgenländische Firmen profitieren und heimische Jobs abgesichert werden. „Bei der Strabag, die mit der Bauausführung beauftragt ist, arbeiten 600 Burgenländer. Und burgenländische Unternehmen kommen als Subunternehmer zum Zug“, so der Landeshauptmann.

GVV Bildungsreise 2015

Städteflug nach Barcelona

Mittwoch, 3.6.2014 bis Sonntag, 7.6.2014

TEILNEHMERANZAHL: min. 35 und max. 45 Personen



Inkludierte Leistungen:

- **5 Tage / 4 Nächte inkl. Frühstück im Hotel Eixample 1864 ******
- Linienflug Wien – Barcelona – Wien mit Austrian Airlines in der Economy Class
- Sämtliche Flughafen-, Sicherheits- und Buchungsgebühren
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen in Barcelona mit deutschsprachiger Assistenz
- Abendessen im Hotel Eixample am ersten Abend
- **Ganztagestour** (8 Stunden) mit Guide und Bus inkl. Eintritt Sagrada Familia und Park Guell
- **Halbtagestour** (4 Stunden) mit deutschsprachigen Guide und Bus inkl. Eintritt Cathedrale
- **Halbtagestour mit Transfer zum Flughafen** mit Guide und Bus inkl. Eintritt Casa Batllo
- Einfachreisen-**Reisebegleitung** ab/bis Wien
- **Katalonischer Abend mit Abendessen in einem Spezialitätenrestaurant** (GVV Einladung)
- **Flughafentransfer Burgenland (ab Stegersbach) – Schwechat - Burgenland**

Flugzeiten mit AUSTRIAN AIRLINES:

03.06.2015 OS 393 ab Wien 17.15 – 19.40 an Barcelona

07.06.2015 OS 394 ab Barcelona 20.25 – 22:50 an Wien

<u>Preis:</u>	Pauschalpreis pro Person	€	869,-
	Einzelzimmerzuschlag pro Person	€	300,-

Anmeldungen bitte umgehend unter:

Fax: 02682 / 775 294 oder elisabeth.wenzl@gvvgld.at

Allianz gegen Lohn- und Sozialdumping

„Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!“ – So heißt eine neue Sozialpartner-Initiative, die sich dem Schutz regionaler Arbeitsplätze und heimischer Klein- und Mittelbetriebe vor unlauterem Wettbewerb verschrieben hat. Damit wird ein Anliegen aufgegriffen, für das sich der burgenländische SPÖ-Klub und die Gewerkschaft Bau-Holz im Rahmen der 2012 gestarteten Kampagne „Bau auf Burgenland“ stark machen. „Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeit und Kaufkraft im Land bleiben. Unser Signal lautet: Wir setzen im Baubereich auf burgenländische Qualität, wir schützen unseren Arbeitsmarkt, wir dulden keine Schmutzkonkurrenz, die unseren ArbeitnehmerInnen und Betrieben schadet. Deshalb gibt es von uns natürlich volle Unterstützung für die neue Sozialpartner-Initiative“, erklärte SPÖ-Klubobmann Christian Illedits im Rahmen einer Pressekonzferenz mit Nationalrat Josef Muchitsch, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Holz.

„Steigende Arbeitslosigkeit, steigendes Lohn-, Sozial- und Preisdumping durch neue dubiose Firmen und Arbeitsverhältnisse am Markt gefährden die Zukunft unserer Klein- und Mittelbetriebe und unserer Arbeitsplätze. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, haben 3 Fachgewerkschaften und 14 Bundesinnungen/Fachverbände die Sozialpartnerinitiative ‚Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!‘ gegründet und einen 6-Punkte-Forderungskatalog erarbeitet“, so Muchitsch.



KO Christian Illedits und Bau-Holz Vorsitzender der NR Josef Muchitsch setzen sich für fairen Wettbewerb ein. Foto: SPÖ Burgenland



Die Burgenländische Landesverfassung wird reformiert: KO Christian Illedits, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Steindl informierten über die Details

Verfassungsreform fix: Mehr Kontrolle, mehr Demokratie, mehr Transparenz

Die Weichen für eine Verfassungs- und Demokratiereform für das Burgenland sind gestellt: Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Klubobmann Christian Illedits haben gemeinsam mit der ÖVP die politische Einigung präsentiert.

„Das Burgenland bekommt die modernste Landesverfassung in Österreich. Sie bringt mehr direkte Demokratie, mehr Kontrolle, mehr Transparenz und eine völlig neue Qualität des Persönlichkeitswahlrechtes. Gewinner sind die Bürgerinnen und Bürger – und die Demokratie im Burgenland“, betonte Landeshauptmann Niessl. „Das ist keine Reform der kleinen Schritte, sondern der großen Sprünge. Wir setzen damit die größte Demokratiereform in der Geschichte des Burgenlandes um“, so Klubchef Illedits.

Bereits 2009 hat die SPÖ eine umfassende Verfassungsreform in den Landtag eingebracht, damals gab es nicht die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. Nach langen, konstruktiven Verhandlungen gibt es nun ein Gesamtpaket, das völlig neue Spielregeln für die Politik im Burgenland ermöglicht.

Die Eckpunkte der Reform:

- Abschaffung des Proporz – die stimmenstärkste Partei lädt zu Regierungsverhandlungen.

- Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes: Die WählerInnen entscheiden direkt über die Vergabe des Vorzugsstimmenmandates.
- Einführung eines Zweiten Wahltages – damit mehr Menschen das geheime und persönliche Wahlrecht nutzen können. Mit verkleinerter Kommission und nur für wenige Stunden.
- Untersuchungsausschüsse werden zum Minderheitsrecht – bereits ein Viertel der Abgeordneten kann einen U-Ausschuss einsetzen, den Vorsitz führt ein unabhängiger Richter.
- Die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes wird auf Gemeinden ausgeweitet.
- Mehr Sparsamkeit: Verkleinerung der Landesregierung in zwei Etappen – in der nächsten Legislaturperiode sind fünf bis sieben Regierungsmitglieder möglich, danach nur mehr fünf.

„Dieses Reformpaket garantiert im Burgenland Politik für das 21. Jahrhundert“, steht für Landeshauptmann Niessl fest. „Wer nicht konsensfähig ist, ist nicht demokratiefähig. Wir haben auch Ideen der Opposition mit eingebunden“, unterstreicht Klubobmann Illedits.

6. Kohäsionsforum in Brüssel: Wende vom Geldausgeben hin zu nachhaltigen Investitionen im Fokus

Im Rahmen des 6. Kohäsionsforums in Brüssel tauschten sich Praktiker, Experten und die Brüsseler Regionalpolitikgemeinde über ihre Erwartungen an die neue EU-Förderperiode aus. Diese zeichnet sich durch eine stärkere Zielfokussierung und ein Abgehen vom Gießkannenprinzip aus. Die zentral festgelegten Prioritäten, die den Mitgliedstaaten zur Auswahl stehen, sind allesamt zukunftsgerichtet und sehr investitionsorientiert. Die Wende vom Geldausgeben hin zum Investieren stand daher auch im Zentrum der Debatten.

Viele Redner forderten mehr Risikobereitschaft bei der Mittelvergabe ein. Die strengen Förder- und Abrechnungskriterien wären ein Hemmschuh für innovative KMUs, die aufgrund dessen mitunter auf Förderungen und somit auch Expansion verzichten. Die Kommission, aber auch die nationalen Kontrollbehörden, sollten davon abgehen, jeden Fehler als Betrug zu interpretieren. Angesichts der Komplexität der Abwicklung sollte eine bestimmte Fehlerquote tolerierbar sein. Wirtschaftswis-

senschafter und Nobelpreisträger Michael Spence stellte der EU-Kohäsionspolitik ein gutes Zeugnis aus, da sie langfristig angelegt sei und mithilfe öffentlicher Investitionen die Wirtschaft ankurbelt. Effizientere öffentliche Verwaltungen würden den gesellschaftlichen Mehrwert dieser Investitionen (social return on investment) jedoch noch gravierend steigern, in diesem Bereich sei noch viel zu tun.

Europa käme nur dann auf den Wachstumspfad zurück, wenn es notwendige und schwierige Reformen schnell umsetze und geduldig darauf warte, bis diese Reformen greifen, so Spence. Problematisch sei im Vergleich zu den USA aber natürlich die Uneinigkeit über die Gestaltung des Wachstumsmodells und die daraus entstehende Verzerrung zahlreicher wirtschaftlicher Faktoren. Die Zinspolitik der EZB lobte der Wirtschaftswissenschaftler als wesentlichen Faktor zur Ankurbelung der Wirtschaft. Aufhorchen ließ er mit der Aussage, eine Inflation von fünf Prozent wäre derzeit in Europa wirtschaftspolitisch wünschenswert.

RGRE kritisiert EU-Kommission: EU-Kreislaufwirtschaftsplan praxisfremd

Eine Arbeitsgruppe des europäischen Dachverbandes RGRE befasste sich kürzlich mit dem im Juli vorgestellten Kreislaufwirtschaftspaket der EU-Kommission. Dieses sieht u.a. eine Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie, der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle und der Deponierichtlinie vor. Die Experten der kommunalen Verbände fanden bei ihrem ersten Zusammentreffen zahlreiche Vorschläge, die die Praxisferne der EU-Kommission verdeutlichen und dringend geändert werden sollten.

So werden etwa Pfandsysteme bei der Berechnung der Recyclingquoten ebenso wenig berücksichtigt wie private Kompostierung von Biomüll. Auch der Grundgedanke hinter der Einführung von Sammelquoten für biogene Abfälle wird kritisiert. Diese werden nämlich – im Gegensatz zu Verpackungsab-

fällen – nicht als Ressource sondern als Störfaktor im Haushaltsabfall wahrgenommen. Die meisten Verbände sind überdies mit der Definition von Siedlungsabfällen unglücklich. Dass die Qualifikation als Siedlungsabfall von der Größe des Abfallunternehmens (KMU-Ausnahme) abhängen soll, wurde von kommunaler Seite unisono abgelehnt. Die Sammelquoten für Verpackungsabfälle werden als sehr ambitioniert eingestuft. Die neue Berechnungsmethode, die sich am Prozentsatz der verwertbaren Ressourcen und nicht an der Sammelquote an sich orientiert, ist im Bereich der Kunststoffverpackungen wohl nur erreichbar, wenn die Industrie das Produktdesign zahlreicher Verpackungen ändert. Der EU-Gesetzgebungsprozess steht erst am Anfang. Die RGRE-Abfallgruppe begleitet den Prozess und wird sich für praxistaugliche Regelungen einsetzen.



Wasserstreit endet zugunsten Deutschlands

Am 11. September hat der Europäische Gerichtshof im Verfahren um die Auslegung des Kostendeckungsprinzips in der Wasserrahmenrichtlinie (WRRRL) und um die Frage, ob Wassernutzungen wie Aufstauungen oder private Entnahmen kostenpflichtig sind, zugunsten Deutschlands entschieden. Aufgrund der Brisanz des Themas hatten sich Dänemark, Ungarn, Österreich, Finnland, Schweden und Großbritannien dem Verfahren als Streithelfer angeschlossen.

Hintergrund: Die EU-Kommission erhob Ende 2012 Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, weil diese aus Sicht der Kommission die Verpflichtungen aus der Wasserrahmenrichtlinie (RL 200/60/EG) verletzt hatte. Bestimmte Wasserdienstleistungen werden in Deutschland, so wie in zahlreichen anderen EU-Staaten, von der Pflicht zur Kostendeckung nach dem Verursacherprinzip ausgenommen.

Das Gericht hat entschieden, dass die Auffassung der EU-Kommission, dass auch die Aufstauung für Stromerzeugung aus Wasserkraft, Schifffahrt oder Hochwasserschutz und die Entnahme für industrielle Zwecke und den Eigenverbrauch kostenpflichtig seien, weder durch den Wortlaut der Richtlinie noch durch den Willen des Gesetzgebers gedeckt ist. Die Klage der Kommission wurde daher abgewiesen. In seiner Begründung verwies das Gericht unter anderem auch darauf, dass die Umsetzung des Hauptanliegens, nämlich Gewässerschutz und hohe Wasserqualität, unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips unter Berücksichtigung regionaler und lokaler Gegebenheiten erfolgen soll.



Sprach- und Leseförderung: Bereits im Frühjahr 2014 fiel im Burgenland der Startschuss zur Aktion „Buchstart: mit Büchern wachsen“ – einem breit angelegten Projekt der Burgenländischen Bibliotheken zur frühen Sprach- und Leseförderung das in Kooperation mit der Burgenländischen Landesregierung, dem Österreichischen Bibliothekswerk sowie Partnerbuchhandlungen ab 1. Oktober landesweit umgesetzt wird. Das Familienreferat steuert 50.000 Euro bei. Der GVV Burgenland unterstützt das Projekt ganz im Sinne der Leseförderung ebenfalls tatkräftig. Mit der Aktion sollen Anreize und Impulse gesetzt werden, um Kindern schon von klein auf Freude am Lesen zu vermitteln. Ein idealer und einfacher Weg auf die Familien zuzugehen, ist die Verteilung von „Buchstart-Taschen“ an Neugeborene. Die Tasche beinhaltet ein erstes Buch-Geschenk, Materialien zur Leseförderung und Infobroschüren der Landesregierung. Jede Bücherei im Burgenland bekommt ausreichend und kostenlos Taschen für die Neugeborenen zur Verfügung gestellt. Die Taschen sind in allen burgenländischen Bibliotheken erhältlich und werden von den BibliothekarInnen persönlich an die Familien überreicht. Gemeinden können Buchstart-Gutscheine bei Ursula Tichy, Tel: 0664/145 74 97 ursula.tichy@gmail.com anfordern. Im Bild: Erste Buchstart-Taschen wurden im Eltern-Kind-Zentrum „Villa Kunterbunt“ in Eisenstadt verteilt – v. l.: Veronika Artner und Söhnchen Alexander mit LAbg. Vizebürgermeister Günter Kovacs, Landesrätin Verena Dunst und Renée Wisak. Foto: Landesmedienservice Burgenland



KPZ Vorsitzender Bgm. Bernhard Müller lud zum Empfang

Zu seinem alljährlichen Empfang im Aviaticum in Wiener Neustadt lud vor kurzem Bürgermeister Bernhard Müller. Müller, der auch dem KPZ, dem Kommunalpolitischen Zentrum der Bundes-SPÖ vorsitzt, konnte wieder zahlreiche Gäste aus Niederösterreich und den umliegenden Bundesländern begrüßen.

Unter den Gästen war auch GV Landeschäftsführer Mag. Herbert Marhold, der dem Gastgeber, wie jedes Jahr, seine Aufwartung machte.

Im Bild: GVV Burgenland Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold, Bgm. Bernhard Müller

Foto: Beatrice Schögl Photography

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: DANEK Grafik + Repro + Druck
 Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M